

MIT DER VERMÖGENSSTEUER GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT?

Die Vermögen in Deutschland sind zunehmend ungleich verteilt. Die wohlhabendsten zehn Prozent unserer Bevölkerung verfügen mittlerweile über mehr als die Hälfte des Nettovermögens. Bei einer wachsenden Ungleichheit befürchten viele eine Gefährdung des sozialen Friedens in der Gesellschaft. Doch wie kann dieser Entwicklung entgegengewirkt werden? Immer wieder wird diskutiert, über die Steuerpolitik der Vermögensungleichheit zu begegnen. Doch könnten Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Co. als Korrekturinstrumente dienen, um der wachsenden Vermögensungleichheit entgegenzuwirken? Welche Auswirkungen hätte eine solche Besteuerung und wie gerecht sind solche Maßnahmen?

ÜBERBLICK ÜBER DIE UNTERRICHTSEINHEIT

THEMENBEREICH Wirtschaftspolitik → wirtschaftspolitische Ziele

VORWISSEN Direkte und indirekte Steuern, Prinzipien des Sozialstaates, Bruttoinlandsprodukt

ZEITBEDARF 2 Unterrichtsstunden

METHODEN Plädoyer, Podiumsdiskussion

KOMPETENZEN Die Schülerinnen und Schüler...

- beschreiben die Entwicklung der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland und nennen Gründe für diese.
- bewerten die Lohnquote und den Gini-Koeffizient als Maßstab für eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.
- wägen die Vor- und Nachteile einer Vermögenssteuer bzw. einer Erbschaftssteuer ab.

SCHLAGWORTE Einkommensverteilung, Reallohn, Lohnquote, Volkseinkommen, Gini-Koeffizient, Lorenzkurve, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer

AUTOR Christian Rapp

PRODUKTION C.C.Buchner Verlag

UNGLEICHE VERTEILUNG DER VERMÖGEN IN DEUTSCHLAND UND MÖGLICHE UMVERTEILUNGSMASSNAHMEN

Verteilungsfragen haben in den politischen Debatten der vergangenen Jahre wieder an Bedeutung gewonnen. Denn die **ungleiche Verteilung des Vermögens** ist in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre gewachsen. „In keinem Land der Eurozone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland“. Zu diesem Ergebnis kommt das DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] in seiner Studie zur Vermögensverteilung (DIW-Wochenbericht 9/2014).

Als Reaktion auf solche Ergebnisse werden die Stimmen wieder lauter, die es als die Aufgabe einer demokratischen und sozialen **Steuerpolitik** ansehen, zumindest für einen gewissen Ausgleich und damit für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Doch die Politik der vergangenen eineinhalb Jahrzehnten schlug einen entgegengesetzten Weg ein. Die Bundesregierungen haben seit der Jahrtausendwende Spitzenverdienste, Gewinn- und Vermögenseinkommen und Kapital und Vermögen steuerlich entlastet. Zwar wurden auch bei der Lohnsteuer Ermäßigungen beschlossen, diese sind aber aufgrund der „kalten Progression“ über die Jahre nur wenig spürbar. Dies führte zu einer erhöhten finanziellen Belastung für die Mittel- und Unterschicht, wodurch es für diese sehr schwierig ist, Vermögen aufzubauen. Des Weiteren erschwerten die Arbeitsmarkt-reformen in den 2000er-Jahren den Vermögensaufbau, da vermehrt atypische Beschäftigungen (befristete Stellen, Teilzeit- oder Minijobs) entstanden.

Grundsätzlich spielen im Hinblick auf die Höhe des Vermögens das Alter ebenso wie die aktuelle beziehungsweise frühere berufliche Stellung und die Höhe des äquivalenzgewichteten Haushalts-nettoeinkommens einer Person eine wesentliche Rolle. Dabei gilt: je älter und je höher die berufliche Stellung und das Einkommen einer Person ist, desto höher sollte auch das Vermögen sein.

Ein statistisches Maß für die Vermögensverteilung stellt der **Gini-Koeffizient** dar. Der Wert des Gini-Koeffizienten liegt zwischen 0 und 1, wobei der Wert 0 die ideale Gleichverteilung darstellt. Der Wert 1 beschreibt die Situation, dass nur eine Person das komplette Vermögen besitzt und alle anderen kein Vermögen besitzen. Die grafische Darstellung des Gini-Koeffizienten basiert auf einer **Lorenzkurve**. Das ist eine Streuungskurve, die unterhalb der Diagonalen $y = x$ (der sogenannten Gleichverteilungs-Geraden) verläuft. Die untersuchte Population wird in fünf bis zehn Untergruppen eingeteilt. Diese Untergruppen werden auf der x-Achse des Koordinatensystems aufsteigend nach dem Vermögen eingetragen.

Im Jahr 2013 lag der Gini-Koeffizient der Vermögen bei 0,76 und somit mehr als doppelt so hoch als bei der Verteilung der Einkommen (0,29). Innerhalb der Eurozone wies Deutschland neben Österreich die höchste Vermögensungleichheit auf. So liegt der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68, für Italien bei 0,61 und für die Slowakei bei 0,45. Höher als in Deutschland ist die Vermögensungleichheit in den USA mit einem Wert von 0,87 (DIW-Wochenbericht 9/2014).

Dies könnte langfristig bei sinkendem Rentenniveau zu steigender Altersarmut führen. Außerdem erschwert es die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs von Kindern aus den unteren Gesellschaftsschichten.

Um nun eine **gerechtere Vermögensverteilung** zu erreichen, wurde im Jahr 2015 beispielsweise der gesetzliche Mindestlohn eingeführt. Außerdem wird in politischen Debatten eine Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** diskutiert (z. B. FAZ, 28.01.2016).

Die DIW-Forscher Stefan Bach und Andreas Thiemann legten im Januar 2016 eine neue Studie zur Vermögenssteuer vor. Sie bezifferten darin das private Nettovermögen (Grundvermögen, Finanzvermögen/Geldvermögen, Betriebsvermögen, hochwertige Gebrauchsgüter abzüglich der Schulden) für das Jahr 2011 in Deutschland mit 8,6 Billionen (DIW-Wochenbericht 7/2015). Die DIW-Forscher ermittelten in ihrer Studie, dass eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer durchaus eine Erhöhung der Steuereinnahmen zur Folge hätte. Die Wissenschaftler fokussierten sich bei ihren Berechnungen auf das reichste Prozent und hierbei schwerpunktmäßig auf die 0,1 Prozent der Superreichen. Je nach Ausgestaltung der Steuer (Freibeträge, proportionaler oder progressiver Steuersatz) kommen sie bei einem Steuersatz von 1 bis 1,5 Prozent zu dem Ergebnis, dass der Staat 10 bis 20 Milliarden Euro zusätzlich an Steuern einnehmen könnte. Das Aufkommen entspräche ungefähr dem Betrag, der beispielsweise für eine grundlegende Sanierung der Infrastruktur in Kommunen, Ländern und Bund benötigt würde.

Kritiker sehen dagegen in der Vermögenssteuer ein Instrument, das nicht zu mehr Gerechtigkeit beiträgt. Aus ihrer Sicht leistet die Umverteilung im Wesentlichen die Einkommenssteuer, durch die bereits die obere Hälfte der Einkommenssteuerzahler über 90 Prozent des Aufkommens tragen. Außerdem besteht die Gefahr, dass Unternehmen weiter ins Ausland wandern und zwar dorthin, wo die Steuerbelastung geringer ist. Und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stellt eine Vermögenssteuer eine Belastung für Unternehmen dar, die Arbeitsplätze kosten kann.

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
1. Unterrichtsstunde				
20'	Einstieg und Erarbeitung I	Die SuS beschreiben die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland und nehmen kritisch zu den politischen Maßnahmen Stellung, die zur gegenwärtigen Entwicklung der Verteilung führten.	Film: Die Anstalt (ZDF): Reichtum, Ungleichheit und Umverteilung (Folge 18) Filmausschnitt: Die Verteilung des Wohlstands	Hinführung zur Problemstellung der Stunde (Unterrichtsgespräch) Der Film kann ggf. wiederholt werden. Arbeitsauftrag vorab den SuS offen legen, so dass sie sich diesen durchlesen können. Beamer und internetfähiger PC notwendig
15'	Erarbeitung II	Die SuS überprüfen die Aussagen über die Vermögensverteilung in Deutschland (DIW-Studie) und vergleichen die Situation in Deutschland mit der in Europa. Sie erklären, wie man den Gini-Koeffizienten bestimmt.	M1 Bestandsaufnahme – wie sieht die Vermögensverteilung in Deutschland aus? Alternative zu M1: Hörbeitrag: Interview mit Markus Grabka vom DIW M2 Vermögensverteilung in Europa M3 Wie sind die Geldvermögen verteilt? (Statistik)	Partnerarbeit Differenzierungsmöglichkeit: Aufgabe 4 zu M3 dient als Zusatzfrage für interessierte SuS. PC notwendig
10'	Vertiefung	Kritische Reflektion der Datenbasis zur Vermögensverteilung	Film: Die Anstalt (ZDF): Reichtum, Ungleichheit und Umverteilung (Folge 18) Filmausschnitt: Instrumente zur Messung der Vermögen	Beamer und internetfähiger PC notwendig
	Hausaufgabe	Stellungnahme zu der Frage, ob eine zunehmende ungleiche Vermögensverteilung ein Problem für unsere Gesellschaft darstellt	M4 Wer wenig verdient, kann nicht sparen	Diese Fragestellung zur Problematisierung der Thematik kann als Hausaufgabe aufgegeben werden.

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
2. Unterrichtsstunde				
10'	Einstieg	Besprechung der Hausaufgabe und Abfrage des Vorwissens der SuS: Mit welchen Maßnahmen könnte man der ungleichen Verteilung der Vermögen begegnen?		Unterrichtsgespräch und Hinführung zum Stundenthema
20'	Erarbeitung	Die SuS erarbeiten sich Argumente für und gegen die Einführung einer Vermögenssteuer und verfassen ein Plädoyer.	M5 Kontrovers diskutiert: Kann eine Vermögenssteuer der wachsenden Vermögensungleichheit entgegenwirken?	Methode: Pro-Kontra-Plädoyer Gruppenarbeit: Klasse wird in Gruppen à vier SuS eingeteilt (je zwei Befürworter und zwei Gegner).
15'	Sicherung	Die SuS stellen ihre Plädoyers vor. Nach den Pro-Kontra-Plädoyers folgt eine klasseninterne Abstimmung.	Stichpunktartiges Festhalten der einzelnen Argumente als Tafelbild (s. Lösungsteil)	Gruppen sollen auf Folie/Blatt ihre Argumente stichpunktartig untereinander gliedern, die man unter der Dokumentenkamera während des Plädoyers nacheinander aufdecken kann..
Alternative 2. Unterrichtsstunde				
10'	Einstieg	Besprechung der Hausaufgabe und Abfrage des Vorwissens der SuS: Mit welchen Maßnahmen könnte man der ungleichen Verteilung der Vermögen begegnen?		Unterrichtsgespräch und Hinführung zum Stundenthema
20'	Erarbeitung	Erbschaftssteuer in der Diskussion	Film: Die Anstalt (ZDF): Reichtum, Ungleichheit und Umverteilung (Folge 18) Filmausschnitt: Erbschaftssteuer	Beamer und internetfähiger PC notwendig Der Film kann ggf. wiederholt werden.
15'	Sicherung	Durchführung der Podiumsdiskussion Ein Teil der Klasse protokolliert die Ergebnisse der Podiumsdiskussion. Es folgt eine klasseninterne Abstimmung.	Stichpunktartiges Festhalten der einzelnen Argumente als Tafelbild (s. Lösungsteil)	Methode: Podiumsdiskussion



Die Anstalt (ZDF): Reichtum, Ungleichheit und Umverteilung (Folge 18)

In der politischen Kabarettssendung „Die Anstalt“ (ZDF) rütteln die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner als Besetzer eines ZDF-Fernsehstudios an den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes. Gemeinsam mit ihren Gästen wollen sie hier „Stimme sein für Ungehörtes und Unerhörtes“. In dieser Folge nehmen Sie die soziale Ungleichheit in Deutschland kritisch unter die Lupe. Sie zeigen auf, wie sich die Einkommens- und Vermögensverteilung seit Mitte der 90er Jahre entwickelte und welche Auswirkungen das auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten hat. Außerdem wird ein kritischer Blick auf die Instrumente wie Erbschafts- und Vermögenssteuer geworfen, deren Wirksamkeit im Film diskutiert wird.

DEFINITION

Was ist politische Satire?

Politische Satire ist eine Variante der Satire, die politischen Gegebenheiten und Institutionen mit Spott und gelegentlich mit moralischer Systemkritik begegnet. Ihr Ziel ist nicht das befreiende oder versöhnende Lachen, wie es die Komödie will, sondern die Einsicht des Publikums in die Fehler des politischen Systems. Sie verzichtet bewusst auf psychologische Konfliktentwicklungen und verhindert so die Möglichkeit emotionaler Identifikation.

AUFGABEN

1. a) Schauen Sie sich den Filmausschnitt „Die Verteilung des Wohlstands“ an und beschreiben Sie die Entwicklung der Vermögensverteilung seit der Wiedervereinigung, wie sie hier dargestellt wird.
b) Notieren Sie fünf Schlagwörter aus dem Film, die die politischen Maßnahmen in dem beschriebenen Zeitraum charakterisieren und beurteilen Sie diese Maßnahmen.

M1 Bestandsaufnahme – wie sieht die Vermögensverteilung in Deutschland aus?

Rund 83.000 Euro – so hoch ist einer [...] Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zufolge das Nettovermögen, über das jeder Erwachsene in Deutschland im Durchschnitt verfügt.

Allerdings sind die insgesamt rund 6,3 Billionen Euro Nettovermögen im Land auch weiterhin höchst ungleich verteilt: Während diejenigen, die zum reichsten Prozent der Bevölkerung zählen, ein persönliches Vermögen im Wert von mindestens 800.000 Euro besitzen, verfügt gut ein Fünftel aller Erwachsenen über gar kein Vermögen. Bei rund sieben Prozent der Erwachsenen sind die Schulden sogar größer als der Besitz. In keinem anderen Land der Eurozone liegt das Maß für Ungleichheit, der sogenannte Gini-Koeffizient, höher als in Deutschland. Gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, haben die DIW-Verteilungsforscher Markus M. Grabka und Christian Westermeier die neuesten Vermögensdaten der am DIW Berlin angesiedelten repräsentativen Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) für das Jahr 2012 ausgewertet und mit denen der Jahre 2002 und 2007 verglichen. „Insgesamt hat sich an der Vermögensverteilung im Land wenig geändert, die Ungleichheit verharrt auf hohem Niveau.“ [...], sagt Grabka.

[...] Den größten Teil des Vermögens macht mit 5,1 Billionen Euro der Grund- und Immobilienbesitz

aus. Rund 40 Prozent der Erwachsenen bewohnen eine eigene Immobilie [in Frankreich dagegen 57,9 Prozent und in Spanien 82 Prozent (Quelle: FAZ, 21.03.2013)], ihr Vermögensanteil ist im Durchschnitt 141.000 Euro wert. Etwa zehn Prozent der Bürger besitzen andere Arten von Immobilien wie vermietete Wohnungen, Grundstücke oder Ferienwohnungen. Rund 47 Prozent der Erwachsenen besitzen Geldvermögen, im Durchschnitt waren es 29.000 Euro. Etwa 51 Prozent verfügen über Vermögen in Form von privaten Versicherungen oder Bausparverträgen, der Durchschnittswert lag bei 18.000 Euro. [...]

Die Ungleichheit der Vermögen hat sich in den drei Beobachtungsjahren nicht verändert. „Sie verharrt auf einem international sehr hohen Niveau“, urteilt Grabka. „Nirgendwo in der Eurozone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland.“ [...]

Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit misst, lag in Deutschland im Jahr 2012 bei 0,78. Je höher dieser Wert, umso größer ist die Ungleichheit. Bei einem Wert von eins ist die Ungleichheit maximal, bei Null ist sie minimal ausgeprägt. In Frankreich liegt er bei 0,68, in Italien bei 0,61 und in der Slowakei bei 0,45. Höher als in Deutschland ist die Vermögensungleichheit in den USA. Dort lag der Gini-Koeffizient im Jahr 2010 bei 0,87.

Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, 26.2.2014

DEFINITION

Sozio-oekonomisches Panel

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 12.000 Privathaushalten in Deutschland. Dabei werden im jährlichen Rhythmus stets dieselben Personen und Familien befragt. Die kontaktierten Personen und Familien wurden zufällig ausgewählt, so dass sie die in Deutschland lebenden Menschen repräsentieren sollen. Die ermittelten Daten dienen dazu, soziologische, ökonomische, psychologische, demographische, gesundheitswissenschaftliche und geographische Fragestellungen zu beantworten.



Interview mit Markus Grabka vom DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) zur Studie über die Vermögensverteilung in Deutschland

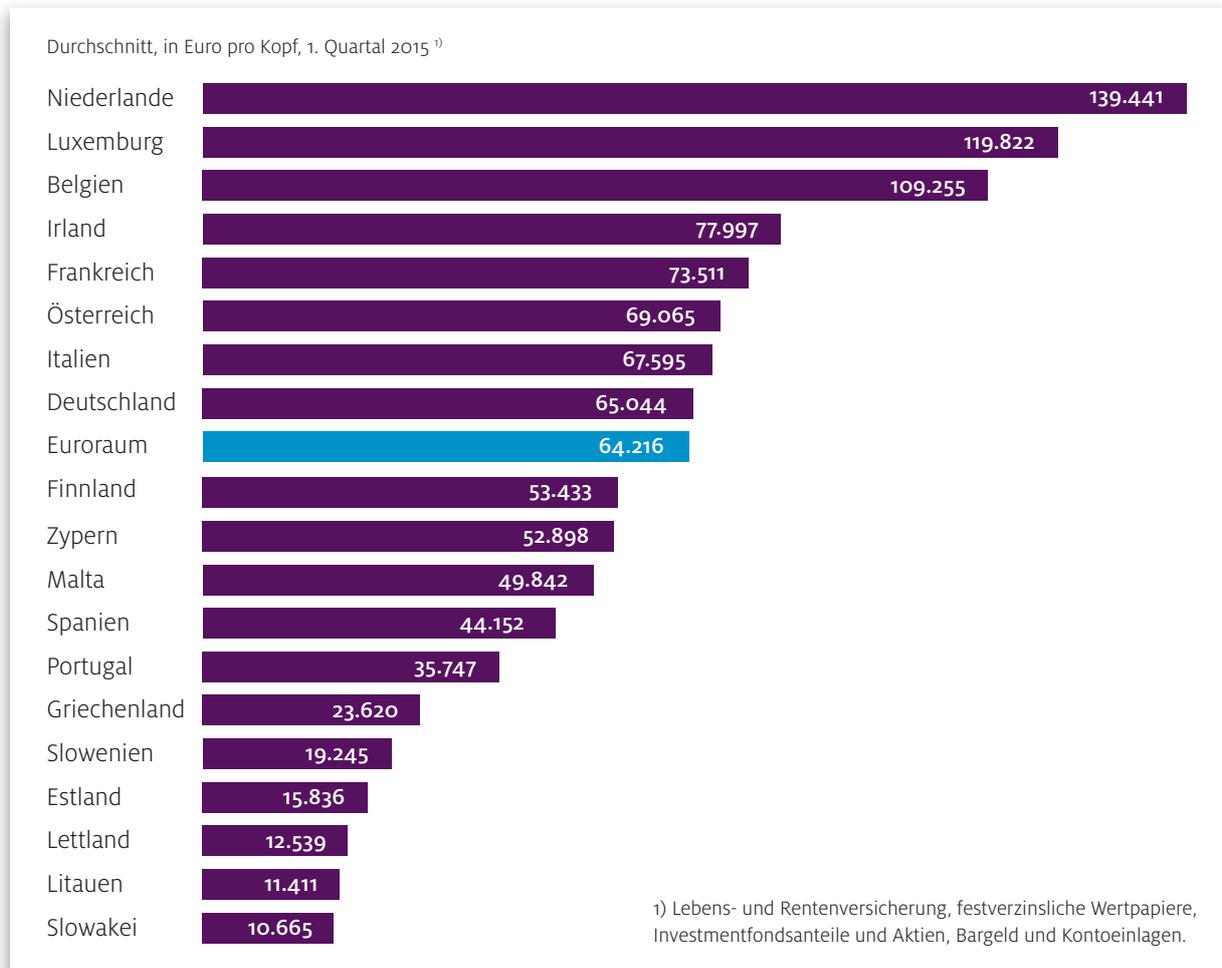
In dem Hörbeitrag erläutert einer der Autoren der DIW-Studie, Markus Grabka, die Ergebnisse der Erhebungen zur Vermögensverteilung in Deutschland und bezieht dabei auch den europäischen Vergleich mit ein. Die Studie beruht auf den neusten Vermögensdaten der am DIW Berlin angesiedelten repräsentativen Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), deren Ergebnisse für das Jahr 2012 ausgewertet und mit denen der Jahre 2002 und 2007 verglichen wurden. Der sogenannte Gini-Koeffizient, der die Vermögensungleichheit misst und international vergleichbar macht, liegt in Deutschland bei 0,78. Bei einem Wert von eins ist die Ungleichheit maximal, bei Null minimal ausgeprägt. Zum Vergleich: In Frankreich liegt der Wert bei 0,68 und in Italien bei 0,61. Doch was bedeuten diese Ergebnisse für Deutschland?

DEFINITION

Gini-Koeffizient

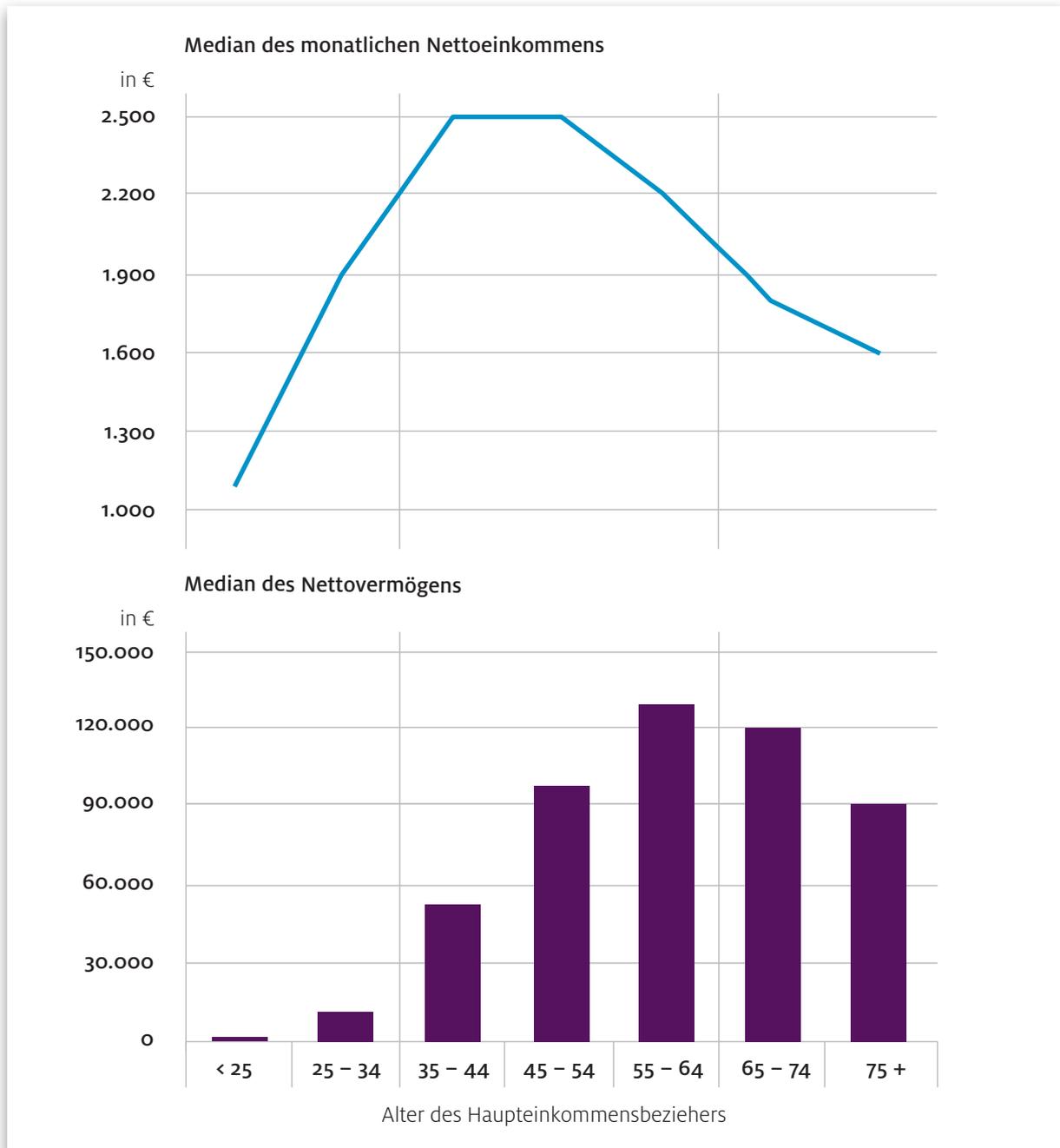
Die Berechnung des Gini-Koeffizienten geht aus der so genannten Lorenz-Kurve hervor. Die Lorenz-Kurve verläuft immer zwischen zwei Geraden, der „der perfekten Gleichheit“ und der „der totalen Ungleichheit“. Dabei steht die „Gerade der perfekten Gleichheit“ (die Ursprungsgerade) für eine Gleichverteilung des Einkommens. Die „Gerade der totalen Ungleichheit“ (senkrechte Gerade bei $x = 100$ Prozent) wiederum gibt die genau entgegengesetzte Situation wieder. Demnach besitzt das gesamte Einkommen der Gesellschaft nur eine einzige Person. Zur Analyse berechnet man den Prozentsatz des Anteils der Fläche zwischen der Ursprungsgeraden und der Lorenzkurve an der Gesamtfläche (= Dreiecksfläche). Das Ergebnis ist ein Wert zwischen 0 und 1 und wird als Gini-Koeffizient bezeichnet. Bei einem Wert von 0 ist das Einkommen komplett gleichverteilt; der Wert 1 zeigt dagegen an, dass nur einem Individuum das gesamte Einkommen der Volkswirtschaft zukommt und dass das Einkommen der anderen somit Null ist.

M2 Vermögensverteilung in Europa



Quelle: EZB, 1. Quartal 2015

M3 Wie sind die Geldvermögen in Deutschland verteilt?



Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2016

AUFGABEN

2. Beschreiben Sie, ausgehend von der DIW-Studie, wie die Vermögen in Deutschland verteilt sind (M1 oder Hörbeitrag).
3. Vergleichen Sie begründend die Vermögensunterschiede Deutschlands mit denen der angegebenen europäischen Nachbarländer (M1 und M2).
4. Zusatzaufgabe: Beurteilen Sie die Verteilung der Geldvermögen in Deutschland (M3).



Die Anstalt (ZDF): Reichtum, Ungleichheit und Umverteilung (Folge 18)

In der politischen Kabarettssendung „Die Anstalt“ (ZDF) rütteln die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner als Besetzer eines ZDF-Fernsehstudios an den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes. Gemeinsam mit ihren Gästen wollen sie hier „Stimme sein für Ungehörtes und Unerhörtes“. In dieser Folge nehmen Sie die soziale Ungleichheit in Deutschland kritisch unter die Lupe. Sie zeigen auf, wie sich die Einkommens- und Vermögensverteilung seit Mitte der 90er Jahre entwickelte und welche Auswirkungen das auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten hat. Außerdem wird ein kritischer Blick auf die Instrumente wie Erbschafts- und Vermögenssteuer geworfen, deren Wirksamkeit im Film diskutiert wird.

M4 Wer wenig verdient, kann nicht sparen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte keine frohe Weihnachtsbotschaft: Laut ihrer neuesten Erhebung hat Deutschland mit die höchste Ungleichheit bei privaten Vermögen in der Eurozone. [...] Die enorme
 5 Ungleichheit der privaten Vermögen trägt bereits heute zu sozialen Konflikten bei, die sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen werden. [...] Einige Politiker und Ökonomen behaupten, Deutschland sei ein sozial ausgewogenes Land, in dem diese Ungleichheit normal und kein Problem sei. Mit drei Argumenten versuchen sie, die hohe Ungleichheit der privaten Vermögen als vermeintlich irrelevant abzutun. Das prominenteste dieser Argumente ist, Deutsche würden kein privates Vermögen brauchen, denn sie hätten ja einen großzügigen Sozialstaat, der sie gegen alle Widrigkeiten absichert und ihnen eine sichere Rente garantiert. Der Sozialstaat ist jedoch kein Ersatz für fehlende Ersparnisse und wird dies auch nie sein
 10 können. Eine noch so großzügige Rentenanwartschaft wird einer 35-jährigen alleinerziehenden Mutter nicht helfen können, Bildungsausgaben für

ihre Kinder zu stemmen oder ein kaputtes Auto zu ersetzen. Es ist zudem fatal, wenn immer mehr Deutsche im Alter finanziell fast ausschließlich
 25 vom Staat abhängig sind. Eine Rentenquote von 48 Prozent des durchschnittlichen Lebenseinkommens bedeutet bereits heute eine massive Einschränkung des Lebensstandards für einen Rentner. Das Rentenniveau wird weiter fallen und
 30 viele sehen es schon als Erfolg an, wenn dieses nicht auf 43 Prozent, wie bisher geplant, sondern lediglich auf 45 Prozent bis zum Jahr 2030 sinken wird. Kurzum, die fehlenden Ersparnisse fast der Hälfte der Deutschen können durch den deutschen Sozialstaat
 35 nicht auch nur annähernd kompensiert werden. [...] Genauso falsch ist die Klage derer, die in den niedrigen Zinsen das Grundübel für die geringen Ersparnisse vieler Menschen in Deutschland sehen. 40 Prozent sind überhaupt nicht in der Lage, aus ihrem monatlichen Einkommen etwas zurückzulegen. Wer jedoch nichts Erspartes hat, für den ist es
 40 völlig egal, ob die Zinsen auf dem Sparkonto bei zehn oder null Prozent liegen.

Marcel Fratzscher, *Wer wenig verdient, kann nicht sparen*, die ZEIT, 6.1.2017

AUFGABEN

5. Schauen Sie sich den Filmausschnitt „Instrumente zur Messung der Vermögen“ an. Nennen Sie die hier angesprochenen Instrumente und erklären Sie die Problematik der Erhebung von verlässlichen Daten.
6. Nehmen Sie Stellung zu folgender Frage: Stellt eine zunehmende ungleiche Vermögensverteilung ein Problem für unsere Gesellschaft dar? (M4)

M5 Kontrovers diskutiert: Kann eine Vermögenssteuer der wachsenden Vermögensungleichheit entgegenwirken?

Bis 1996 wurde in Deutschland eine Steuer auf hohe Vermögen erhoben. Sie wurde abgeschafft, weil das Bundesverfassungsgericht damals entschied, dass der Staat mit der Einkommen-, Vermögen- und sonstigen Steuern nicht mehr als 50 Prozent der Einnahmen der Steuerzahler abschöpfen dürfe. Nun wird eine Wiedereinführung diskutiert.

PRO: Ein Statement von Joachim Wieland



© Prof. Dr. Joachim Wieland, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Joachim Wieland ist Professor an der Verwaltungshochschule in Speyer.

Die Besteuerung des Vermögens ist ein Gebot der Steuererechtigkeit. Das Steuerrecht des sozialen Rechtsstaats richtet die Besteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger aus. Wer über nennenswertes Vermögen verfügt, ist bei gleichem Einkommen leistungsfähiger als jemand ohne jegliches Vermögen, weil er über Versorgungssicherheit und Kredit verfügt. Deshalb nennt das Grundgesetz die Vermögenssteuer neben der Einkommen- und der Körperschaftsteuer ausdrücklich als Einnahmequelle des Staates und weist ihr Aufkommen den Ländern zu. [...]

Kann der Staat in seiner gegenwärtigen Finanzmisere auf dieses Geld verzichten? Nicht ohne Grund führt Spanien die Vermögenssteuer wieder ein. Vor der Finanzkrise war der Steuerwettbewerb in Europa so stark geworden, dass einige Staaten sich gezwungen glaubten, die Besteuerung des Vermögens und des Einkommens zu senken. So sollten leistungsfähige Steuerpflichtige von der Verlagerung ihres Einkommens und Vermögens in Niedrigsteuerränder abgehalten werden. Stattdessen wurde die Mehrwertsteuer erhöht, die leistungsschwächere Bevölkerungsgruppen stärker belastet, weil diese den größten Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben müssen. Als Folge betrug das Aufkommen vermögensbezogener Steuern (Vermögen-, Grund-, Kapitalverkehr- sowie Erb-

schaft- und Schenkungsteuer) nach Zahlen der OECD 2008 in Deutschland weniger als ein Prozent, in der Schweiz dagegen über zwei Prozent, in den USA und Frankreich über drei Prozent und in Großbritannien über vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sozialstaatliche Leistungen werden in der Folge in Deutschland immer mehr von den Menschen finanziert, die selbst auf diese Leistungen angewiesen sind.

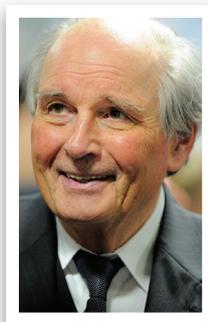
Die hohe Verschuldung der meisten europäischen Staaten schließt aber nicht nur weitere Steuerensenkungen aus. Sie erzwingt auch Steuererhöhungen und verringert dadurch den Steuerwettbewerb. Erhöht werden sollte aber nicht die Mehrwertsteuer. Sie entzieht dort Kaufkraft, wo die wirtschaftliche Erholung durch den Konsum unterstützt werden könnte. Da Deutschland wegen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse gezwungen sein wird, nicht nur die Staatsausgaben zu senken, sondern auch die Steuern zu erhöhen, sollten wieder stärker die leistungsstarken Steuerpflichtigen belastet werden.

Die Vermögenssteuer kann entsprechend den Vorgaben der Verfassung ausgestaltet werden. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögenssteuer 1995 ausdrücklich „als zulässige Form des Steuerzugriffs“ qualifiziert. Den damals unter dem Einfluss von Paul Kirchhof formulierten „Halbteilungsgrundsatz“ hat das Gericht 2006 ausdrücklich als nicht aus dem Grundgesetz ableitbar bezeichnet. Eine verfassungsgemäße Vermögenssteuer muss also nur alle Bestandteile des Vermögens sachgerecht bewerten. Gegner der Vermögenssteuer sehen in diesem verfassungsrechtlichen Gebot eine kaum überwindbare Hürde. Sie verschweigen dabei jedoch nicht nur, dass die steuerrechtliche Bewertung von Wirtschaftsgütern nach Maßgabe der detaillierten Vorschriften des Bewertungsgesetzes den Alltag der Finanzämter bei der Erhebung von Grund sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer prägt. Vielmehr übergehen sie auch, dass die Gewinnermittlung im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht die Bewertung des Betriebsvermögens am Schluss des Wirtschaftsjahres voraussetzt – eine Aufgabe, die bisher noch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet

hat. Der Gesetzgeber kann auch im Vermögens-
 90 teuergesetz mit Freibeträgen, Pauschalierungen
 und Typisierungen arbeiten. Er kann sich an Bo-
 denrichtwerten orientieren und bei Unternehmen
 die vermögenssteuerliche an die ertragsteuerliche
 95 Bewertung anlehnen. Die Besteuerung von Unter-
 nehmenvermögen kann in einem anderen Gesetz
 geregelt werden als die Besteuerung von Privat-
 vermögen – so wie die Besteuerung der Einkünfte
 von Unternehmen in der Rechtsform der juristi-
 schen Person im Körperschaftsteuergesetz anders
 100 geregelt ist als die Besteuerung natürlicher Per-
 sonen im Einkommensteuergesetz. Dabei kann auf

die Sicherung von Arbeitsplätzen abgestellt werden.
 Aus Billigkeitsgründen kann wie bei anderen
 Steuern sowohl eine Stundung als auch (in extremen
 105 Fällen) ein Erlass der Steuer vorgesehen werden.
 Schon der Blick über die Grenze in die Schweiz zeigt,
 dass die Bewertung von Vermögen nach dem Ver-
 kehrswert weder auf unüberwindliche Hindernisse
 stößt noch einen unverhältnismäßigen Aufwand
 verursacht. Wer sich unter diesen Umständen gegen
 110 die Besteuerung des Vermögens wendet, kann sich
 nicht auf die Verfassung berufen, sondern muss po-
 litisch begründen, warum er den Verzicht auf die
 Erhebung einer Vermögenssteuer für gerecht hält.

KONTRA: Ein Statement von Joachim Lang



© Prof. Dr. Joachim Lang,
 Universität zu Köln

Joachim Lang ist
 emeritierter Professor für
 Steuerrecht an der
 Universität Köln

Erzbischof Reinhard Marx
 empfiehlt in einem Interview
 5 (Handelsblatt vom 26.5.2010),
 die Vermögenssteuer wieder
 einzuführen. Es ist erstaunlich,
 mit welcher Leichtigkeit steuerpolitische
 Vorschläge in die Medienwelt gesetzt
 10 werden. Die Fachwelt atmete
 erleichtert auf, als das Bun-
 desverfassungsgericht 1995
 diese Steuer für verfassungs-
 15 widrig erklärte und der Gesetzgeber keine Versuche
 unternahm, sie wiederzubeleben.

Die Vermögenssteuer wurde Ende des 19. Jahrhun-
 derts auf der Grundlage einer Theorie von der be-
 sonderen Leistungsfähigkeit der Vermögenden ent-
 20 wickelt. Sie wuchs auf dem Nährboden des
 gesellschaftlichen Wandels von der Feudalgesell-
 schaft zur Industriegesellschaft, als die Arbeiter
 verelendeten und Marx und Engels ihre Werke
 schrieben. 1893 wurde sie in Preußen zusammen
 25 mit einer progressiven Einkommensteuer einge-
 führt.

Ein Jahrhundert später war der Sozialismus über-
 wunden und in Deutschland eine Gesellschaft der
 Sozialen Marktwirtschaft etabliert, in der die Ver-
 mögensteuer keinen Platz mehr hat. Die Umvertei-
 30 lung leistet im Wesentlichen die Einkommensteuer.
 Die obere Hälfte der Einkommensteuerzahler trägt
 95,6 Prozent des Aufkommens. Eine noch höhere
 Steuerbelastung der vermögenden Oberschicht er-

weist sich im Wettbewerb der Steuersysteme als
 35 nicht durchsetzbar.

Die Globalisierung lädt dazu ein, das mobile Finanz-
 kapital und die mobilen Produktionsfaktoren dort
 zu platzieren, wo die Belastung am geringsten ist.
 Nicht zuletzt deshalb hat sich die rot-grüne Regie-
 40 rung Schröder dazu durchgerungen, den Spitzen-
 satz der Einkommensteuer von 53 Prozent auf
 42 Prozent abzusenken. Auch die ab 2009 einge-
 führte, die Progression kappende Abgeltungsteuer
 von 25 Prozent auf das Finanzkapital trägt dem
 45 Wettbewerb der Steuersysteme Rechnung.

Die Vermögenssteuer hat sich im Verlauf eines Jahr-
 hunderts als steuerliche Missgeburt herausgestellt,
 die die Arbeiterklasse eher schädigt, als ihr Nutzen
 bringt. Ertragsunabhängige Steuern wie die Ver-
 mögensteuer können nicht aus Gewinnen bestrit-
 50 ten werden. Sie müssen aus der Vermögenssubstanz
 entrichtet werden. In Zeiten der Wirtschaftskrise
 stellen sie für die Unternehmen eine besondere Be-
 lastung dar, die eine Insolvenz bewirken kann. In
 55 der Rheinstahlkrise Anfang der 1970er-Jahre kostete
 die Vermögenssteuer besonders viele Arbeitsplätze,
 zumal die Anträge auf Billigkeitserlass der Ver-
 mögensteuer wegen des Prüfaufwands nicht zeit-
 nah entschieden werden konnten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Vermögens-
 steuer wegen ungleicher Bewertung für verfassungs-
 widrig erklärt. Eine gleichmäßige Bewertung von
 Geldvermögen einerseits und Sachvermögen ande-
 65 rerseits ist aber kaum möglich, in jedem Fall aber
 sehr aufwendig. Die Werte von Immobilien und be-
 sonders von Unternehmen sind schwer zu ermit-
 teln. Am besten lassen sich Werte in Kunstwerken
 verstecken. Dieses Problem zeigt gegenwärtig die

70 Erbschaft- und Schenkungsteuer, die das Bundesverfassungsgericht 2006 ebenfalls wegen ungleicher Bewertung als verfassungswidrig erkannt hatte.

75 Während Vermögen erbschaft- und schenkungsteuerlich nur im Zeitpunkt der Übertragung zu bewerten ist, muss es für die Vermögenssteuer periodisch bewertet werden. Damit werden die Bewertungsprobleme potenziert. Um die Praktikabilität der Besteuerung aufrechtzuerhalten, werden Bewertungsmethoden bewusst verfälscht. Das belegt die 80 Grundsteuer als eine Vermögenssteuer auf Immobilien. Die Gebäudewerte werden nach den Baupreisverhältnissen des Jahres 1958 auch dann ermittelt, wenn das Grundstück im Jahre 2010 bebaut worden ist. Eine periodische Ermittlung der wirklichen 85 Werte erzeugt extrem hohen Verwaltungsaufwand. Man betrachte in dem Zusammenhang auch das Beispiel von Unternehmenswerten im Auf und Ab der Konjunkturen.

90 Seit der Geburt der Vermögenssteuer Ende des 19.

Jahrhunderts haben die Steuerökonomien gelernt, dass gute Steuern nur Steuern sind, die an dynamische Faktoren anknüpfen, an das erwirtschaftete Einkommen und an Umsätze. Demnach sind gute Steuern die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer. 95 Steuern auf das ruhende Vermögen sind schlechte Steuern, weil sie häufig Wirtschaftskraft ohne Liquidität belasten. Vermögenssubstanzsteuern sind schlechte Steuern. Derartige Steuern wirken im Steuerwettbewerb besonders abschreckend. Nicht 100 zuletzt deshalb hat sich der Steuergesetzgeber für die erbschaftsteuerliche Verschonung des Unternehmens entschieden. Dadurch wird die Steuerlast auf eine relativ kleine Gruppe von Steuerzahlern konzentriert. Die Steuer der gesellschaftlichen 105 Gerechtigkeit mutiert zu einer Sondersteuer auf Immobilien und Finanzkapital. Ein ähnliches Schicksal dürfte eine neue Vermögenssteuer erleiden. Sie würde die Kapitalflucht zulasten der Einkommensteuer und nicht zuletzt auch zulasten der Kirchensteuer erheblich beschleunigen. 110

Joachim Wieland und Joachim Lang, Soll der Staat auf die Substanz zugreifen?, Handelsblatt, 1.6.2010

AUFGABEN

7. a) Teilen Sie sich in der Klasse in Vierergruppen ein und legen Sie fest, wer das Statement von Joachim Lang und wer das Statement von Joachim Wieland bearbeitet (je zwei Befürworter und zwei Gegner).
- b) Tauschen Sie sich mit demjenigen aus, der ebenfalls Ihren Text bearbeitet hat und gewichten Sie gemeinsam die Argumente des Autors.
- c) Verfassen Sie in Partnerarbeit nun ein Plädoyer für bzw. gegen die Einführung der Vermögenssteuer und treten Sie in einem Rededuell gegen Ihre beiden anderen Gruppenmitglieder an.
- d) Welcher Position können Sie am ehesten zustimmen? Begründen Sie Ihre Wahl.



Die Anstalt (ZDF): Reichtum, Ungleichheit und Umverteilung (Folge 18)

In der politischen Kabarettssendung „Die Anstalt“ (ZDF) rütteln die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner als Besetzer eines ZDF-Fernsehstudios an den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes. Gemeinsam mit ihren Gästen wollen sie hier „Stimme sein für Ungehörtes und Unerhörtes“. In dieser Folge nehmen Sie die soziale Ungleichheit in Deutschland kritisch unter die Lupe. Sie zeigen auf, wie sich die Einkommens- und Vermögensverteilung seit Mitte der 90er Jahre entwickelte und welche Auswirkungen das auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten hat. Außerdem wird ein kritischer Blick auf die Instrumente wie Erbschafts- und Vermögenssteuer geworfen, deren Wirksamkeit im Film diskutiert wird.

AUFGABEN

8. Informieren Sie sich über den Stand bei der Reform der Erbschaftssteuer. Diskutieren Sie ausgehend von dem Filmausschnitt „Erbschaftssteuer“ die Frage: „Ist Erben ungerecht? Brauchen wir eine Erbschaftssteuer gegen die soziale Ungleichheit? Führen Sie dazu eine Podiumsdiskussion durch.“

Verteilen Sie folgende Rollen in der Klasse:

- CDU-Bundestagsabgeordnete/r: Sie sind gegen eine Erbschaftssteuer, denn Ihre Partei will den Mittelstand und v. a. die Familienunternehmen steuerlich nicht belasten.
- Geschäftsführer/in eines mittelständischen Familienunternehmens: Sie schauen mit großer Sorge auf die Einführung einer Erbschaftssteuer.
- SPD-Bundestagsabgeordnete/r: Sie befürworten eine faire Erbschaftssteuer, die die Übertragung großer Vermögen besteuert. Denn das wirkt einer ungleichen Vermögensverteilung entgegen. Gleichzeitig dürfen aber Arbeitsplätze bei der Vererbung von Betriebsvermögen nicht gefährdet werden.
- Privatperson: Sie sind der Meinung, dass eine Erbschaftssteuer der sozialen Ungleichheit entgegenwirken kann. Denn die Ansammlung von großen Vermögen in den Händen von wenigen sehen Sie als absolut ungerecht an.
- Eigene Rolle ergänzen